

HAT SICH DER ISRAEL-TAG IN SEINER BISHERIGEN FORM BEWÄHRT?

Stimmiges Konzept

Falsche Richtung

PRO

VON MARTIN HAGEN

Was prägt das Image Israels in Deutschland? Allzu oft sind es Bilder von Krieg und Terrorismus, von Mauern und Checkpoints, von Panzern und zerstörten Häusern, von radikalen jüdischen Siedlern und weinenden palästinensischen Kindern. Es sind die Bilder, die uns von Medien vermittelt werden, in deren Berichterstattung das Land nur als Krisenregion auftaucht. Entsprechend schlecht ist es um Israels Ansehen bestellt: Anfang des Jahres gaben bei einer Umfrage 77 Prozent der deutschen Befragten an, dass sie den Einfluss Israels in der Welt eher negativ als positiv beurteilen. Das Gelobte Land hat ein Image-Problem.

Der Israel-Tag soll dazu beitragen, dieses Zerrbild zu korrigieren. Die Idee: Jedes Jahr im Mai, in zeitlicher Nähe zum Jom Ha'azmaut, organisieren unterschiedliche Vereine eine Geburtstagsfeier für den Staat Israel. In mehreren deutschen Städten – 2003 waren es drei, dieses Jahr werden es schon 50 sein – erklingt gleichzeitig um 18 Uhr das Lied „Happy Birthday“ und tausende Luftballons steigen auf. Da die Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen stattfinden, erhält ein breites Publikum die Möglichkeit, das Land ohne die übliche Reduzierung auf den Nahostkonflikt kennenzulernen. Die Veranstalter und Unterstützer informieren über Kultur, Wissenschaft und Tourismus, es gibt landestypisches Essen und Musik – ein Volksfest in Blau und Weiß. Folklore? Vielleicht. Aber genau das weckt Emotionen und schafft Sympathie.

Koordiniert wird der Israel-Tag von der Initiative „I like Israel“, kurz ILI. Die Unterstützer der Veranstaltungen vor Ort sind zahlreich und vielfältig: jüdische Gemeinden, zionistische Organisationen, Arbeitsgemeinschaften der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, gesellschaftspolitische



MARTIN HAGEN ist stellvertretender Bezirksvorsitzender der FDP Oberbayern und Mitorganisator des Israel-Tags in München.

Verände, christliche Gruppen, politische Stiftungen, Sportvereine. In den größeren Städten sind bedeutende Unternehmen wie die Fluggesellschaften El-Al und Israir mit Infoständen vertreten. Der Bürgermeister einer Stadt übernimmt in der Regel die Schirmherrschaft der jeweiligen Veranstaltung, so etwa Klaus Wowerit in Berlin oder Christian Ude in München. Als Redner treten Politiker aller demokratischen Parteien auf. Es gibt wenige vergleichbare Projekte, die von einer derart breiten Basis getragen werden und ein solches gesellschaftliches Spektrum abdecken.



Party statt Politik: Teilnehmer des Israel-Tages 2006 in Berlin

Foto: Uwe Steiner

Eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit kann und soll der Israel-Tag freilich nicht ersetzen – um das Image eines Landes zu pflegen, reicht eine „Geburtstagsfeier“ alle 365 Tage nicht aus. Aber ein jährlich wiederkehrender Termin verankert sich besser im Bewusstsein der Menschen als sporadische Aktionen. Als Vorbild kann der St. Patrick's Day gesehen werden, der an jedem 17. März von Iren und Nicht-Iren auf der ganzen Welt gemeinsam gefeiert wird und das Bild Irlands maßgeblich prägt hat. Vielen politischen und gesellschaftlichen Bewegungen ist es in der Vergangenheit gelungen, mit einem eigenen Aktionstag auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen und Sympathie für ihre Sache zu gewinnen. Die Bedeutung, die etwa der 1. Mai für die Arbeiterbewegung oder der Christopher-Street-Day für die Homosexuellen hatte und hat, kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. Der stetig gewachsene Erfolg der ersten vier Israel-Tage, gemessen an Besucherzahlen und Presseresonanz, gibt dem Konzept recht und lässt auf

eine große Zukunft hoffen. Bereits heute erfüllt der Israel-Tag eine wichtige Funktion als mobilisierendes Element: Die jährlichen Treffen der freiwilligen Helfer werden oft zum Ausgangspunkt für weitere Aktivitäten. Viele Bürger stellen beim ersten Besuch eines Israel-Tages erstaunt fest, dass sie mit ihrer Solidarität nicht allein sind. Pro-israelischen Gruppen bietet sich eine hervorragende Gelegenheit, neue Mitglieder zu gewinnen und sich mit anderen Organisationen zu vernetzen.

Der Israel-Tag wird vom Publikum angenommen. Insgesamt wurden die Events bisher von etwa 200.000 Menschen besucht. In welchem Maße sich deren Einstellung geändert hat, kann natürlich niemand sagen. Sicher ist jedoch: Der informelle Feiertag demonstriert jedes Jahr aufs Neue, dass Israel mehr ist als das, was die Nachrichten zeigen, und dass es eine steigende Zahl von Menschen gibt, die aus ihrer Sympathie für die einzige Demokratie im Nahen Osten kein Hehl machen. Es lohnt sich also, dieses Projekt zu unterstützen.

CONTRA

VON URIEL KASHI

Vorab: I like Israel too. Und gegen Israelpartys in Deutschlands Städten ist prinzipiell nichts einzuwenden. Im Gegenteil: Jom Ha'azmaut spielte für Juden in der Diaspora immer eine wichtige Rolle. Es ist der Tag, an dem man seiner Freude über die Existenz des Staates Israel Ausdruck verleihen und seine Solidarität zeigen kann. Gerade in einer Zeit, in der Israels Existenzrecht offen verneint wird und die Wahrnehmung des jüdischen Staates vor allem durch den Nahostkonflikt überwiegend negativ geprägt ist, bieten die Straßenfeste die Möglichkeit, ein anderes, lebendiges und kulturell attraktives Israel zu präsentieren.

Vor einigen Jahren gründete sich ein Verein, der mit seiner Vision, am Israel-Tag eine Millionen Menschen in Deutschland auf die Straße zu bringen, große Aufmerksamkeit weckte. „I like Israel“, kurz ILI, lautet der Name des Vereins wie auch das Motto, dem sich seit 2002 verschiedene Organisationen und Gemeinden anschlossen, um zeitgleich in möglichst vielen Städten den Geburtstag Israels zu feiern. Wer aber ist „I like Israel“ und was sind seine Ziele? Nach eigenen Angaben ist ILI ein „Think Tank für Israel“, ein Forum für Demokraten, das sich für „Freiheit, Toleranz und Menschenrechte im Nahen Osten“ einsetzt. Allerdings mehren sich vor allem in der jüdischen Gemeinde Stimmen, die genau diese Werte im öffentlichen Auftreten des Vereins vermissen. Kritisiert wird, dass Vertreter von ILI immer wieder Positionen beziehen, die am rechten Rand sowohl der deutschen als auch der israelischen politischen Landschaft angesiedelt sind. So versandte der Verein vor einiger Zeit in seinem Newsletter das Bild einer fiktiven Karte Europas im Jahr 2015. Anstelle der richtigen Ländernamen tauchten jedoch für Deutschland die Bezeichnung „New Turkey“, für Frankreich „The Islamic Republic of New Algeria“ und für England „North Pakistan“ auf, als stünde eine muslimische Übernahme Europas unmittelbar bevor. Entsprechend empfiehlte der Verein auf seiner Website Autoren wie den Rechtskonservativen Udo Ulfkotte, der zurzeit die Gründung einer antisiamischen Partei vorantreibt, oder Mark A. Gabriel, der in seinen Büchern den Übertritt aller Muslime zum Christentum fordert und hauptsächlich in evangelikalen, zum Teil auch der Judenmission verschriebenen Kreisen hohes Ansehen genießt.

Sind „I like Israel“-Feiern also explizit rechtspopulistische und antisiamische Veranstaltungen? Nein, auf den vergangenen Straßenfesten waren solche Ansichten eher selten zu hören. Die örtlichen Aktivisten, die oft aus der jüdischen Gemeinde oder dem Studentenverband kommen, nutzen das ILI-Logo auf ihren Ankindeignungspostern und Flyern eher als Zeichen einer „Corporate Identity“, als dass sie sich von der

Vereinsleitung eine politische Richtung oder die inhaltliche Gestaltung vorschreiben lassen würden.

Dennoch sollten die lokalen Initiativen künftig ihre Kooperation mit ILI überdenken und ihre pro-israelischen Aktivitäten anderweitig koordinieren. Ein Hauptgrund besteht darin, dass ILI zunehmend versucht, sich als Dachverband israelisolidarischer Aktivitäten zu etablieren, um dabei seinen eigenen Politikansatz durchzusetzen. Der Umgangston, mit dem bereits heute auf Kritik reagiert wird, lässt ahnen, wie ILI auch zukünftig jede Diskussion unterbinden könnte.

Im Januar dieses Jahres organisierte ILI gemeinsam mit dem Verein „Honesty Concerned“ eine Demonstration gegen die atomare Bedrohung Israels durch den Iran. Ihre groß angelegte Mobilisierungskampagne gipfelte in einem Plakat mit einem über Atomanlagen und dem Lager von Auschwitz-Birkenau thronenden Ahmadschad, das viele potentielle Bündnispartner abschreckte. Als sich der Zentralrat der Juden von der Demonstration distanzierte und die Schaffung einer breiten gesellschaftlichen Koalition für so ein wichtiges Projekt forderte, reagierte der Vorsitzende von ILI, Leo Sucharewicz, aggressiv: In einem offenen Brief schrieb er an Stephan Kramer, Generalsekretär des Zentralrats, ihm fehle es an den politischen „Basics“, seine Eitelkeit sei „provinziell“, und da er ILI die Unterstützung versage, sei er „der falsche Mann an einer wichtigen Stelle“. Als das in der Schweiz erscheinende jüdische Wochenmagazin Tachles daraufhin um ein Interview bat und darin kritische Fragen stellte, wurde dem Journalisten mit „rechtlichen Schritten“ gedroht, falls dieser Zitate von Sucharewicz abdrucke.

Dieses Vorgehen hat wenig mit den hochgehaltenen demokratischen Werten zu tun; auch liegt es kaum im Interesse einer ernsthaften Solidarität mit Israel. Zu groß ist die Gefahr, dass gerade diejenigen, die ein wirkliches Interesse an Israelsolidarität haben, von der Brachialrhetorik und dem Alleinvertragsanspruch ILIs abgestoßen werden. Dies könnte der Grund dafür sein, dass an der besagten Demonstration gegen Ahmadschad kaum 800 Menschen teilnahmen. Noch ist der Einfluss von „I like Israel“ gering; ein Erstarken ILIs und damit einer autoritären und alarmistischen Israelisolidarität wäre weder für die innerjüdische Debattenkultur noch für das Image Israels in Deutschland gut.

Nächste Woche auf dieser Seite: Sport



URIEL KASHI war Geschäftsführer des Bundesverbands Jüdischer Studierender in Deutschland (BISD) und ist heute Bildungsreferent im jüdischen Museum Berlin.

Leserbriefe

Katholisch entschuldigt

Christian Böhme: „Einspruch!“, Jüdische Allgemeine vom 19. April Oettingers „Entschuldigung“ war eine „katholische“ Entschuldigung: Nach der Beichte macht man einfach weiter. Sicherlich wird Filbinger – nach dem Krieg – ein Nazi-Gegner! Aber was Oettinger hier versucht hat, ist typisch für die CDU. Vielleicht sind in der CDU keine Nazis mehr, aber es wird immer wieder ein Klima erzeugt, das sich Nazis hier verstanden fühlen. Und nicht erst seit dem Fall Hohmann in Hessen sind die erstarkten Nazis auf dem Weg in die Institutionen. Sie wollen etwas „mehr Nationalsozialismus passen“. Und wir merken es nicht!
Heidemarie Wätzold, Berlin

Kein Grund zur Trauer

Ingo Way: „Ein Nationalsozialist“, Jüdische Allgemeine vom 19. April Meine etwas andere Grabrede würde lauten: Ich traure als nichtjüdischer Mitbürger nicht über Ihren Tod, Herr Filbinger. Waren Sie doch unbeeindruckt gegenüber Ihrer NS-Verstrickung. Andere, die auch harmlos erschienen wie Sie, stiegen (nicht nur Globke) in hohe Staatsämter auf. Dass

Sie zudem noch von Ihrer CDU im Süden als Wahlmann zur letzten Wahl des Bundespräsidenten nach Berlin geschickt wurden, dafür konnten Sie nichts, es zeigt aber ein hohes Maß an Unsensibilität Ihrer Partei. Kanzlerin Angela Merkel tat gut daran, Oettinger, der für mich nur noch ein Provinzfürst ist, zur Umkehr zu bewegen.
Günther H. Schullenberg, Düsseldorf

Ausnahmen

Wolfgang Kraushaar: „Gefährlich rot“, Jüdische Allgemeine vom 8. März Bei aller berechtigten Kritik an Defiziten der deutschen Linken in der Wahrnehmung des Nahostkonflikts blendet Wolfgang Kraushaar einige Entwicklungen der letzten Jahre völlig aus – wohl deswegen, weil sie nicht zu der von ihm propagierten Totalitarismustheorie passen wollen. Bereits seit geraumer Zeit gibt es jedoch innerhalb der Linken eine Strömung, die Zerrbilder der israelisch-palästinensischen Auseinandersetzung demontiert und das Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels bejaht. Insbesondere jüngere Politiker der Linkspartei/PDS wie die stellvertretende Bundesvorsitzende Katja Kipping oder der Bundestagsabgeordnete Michael Leuterer formulieren präzise Gegenvorstellungen zu antizionistischen Positionen innerhalb und außerhalb der eigenen Partei. In der

politischen Mitte hingegen herrscht zuweilen Blauäugigkeit gegenüber dem eliminatorischen Antisemitismus moslemischer Extremisten. SPD-Ministerin Wiesel-Zeul findet die von den Al-Aksa-Brigaden verübten Morde wenig erwähnenswert, wettet dafür aber gegen Israels „völkerrechtlich völlig in diskutablen“ Verteidigungskrieg im Libanon. Belastbare Sicherheitsgarantien für Israel wollen bürgerliche und sozialdemokratische Parteien in Deutschland und Europa nicht geben. All dies passt natürlich wenig in Kraushaars Sicht von der roten Gefahr für Israel. Auch wenn ich sicherheitspolitischer Landesprescher der Linkspartei/PDS Bayern bin, handelt es sich hier um meine persönliche Meinung und nicht um die meiner Partei. Diese persönliche Meinung hat mich übrigens 2005 dazu bewegt, am Sar-El-Freiwilligenprogramm der IDF teilzunehmen. 2006 hat es leider zeitlich nicht geklappt, aber hoffentlich schaffe ich es dieses Jahr wieder.
Jörg Ergerer, per E-Mail

Auch anders

Benjamin Hammer: „Du bist ein Jude“, Jüdische Allgemeine vom 8. März Zufällig fahre ich fast täglich mit der gleichen Straßenbahn die gleiche Strecke in Köln zusammen mit den gleichen Fahrgästen wie Benjamin Hammer. Und auch ich

als Nichtjude wollte wissen, wie darauf reagiert wird, dass offensiv die jüdische Allgemeine (und die Jüdische Zeitung) – übrigens nicht nur deshalb, sondern für mich aus grundsätzlichem Interesse – gelesen wird. Weder wird dabei der Titel der Zeitung noch der Magen David verdeckt. Das gilt auch für Hebräisch-Texte, die ich lernend und repetierend in der Bahn lese. Bis auf den einen oder anderen neugierigen Blick habe ich bisher keine besondere Reaktion wahrgenommen. Damit will ich nicht die Wahrnehmung des Autors infrage stellen. Auch ist natürlich eine Kippa immer noch etwas anderes als eine Zeitung. Im Gegenteil: Ich bedauere es sehr, dass es immer noch nicht selbstverständlich ist, sich ohne (negatives) Aufsehen zu seinem Judentum zu bekennen. Ich möchte mir dank meiner bisherigen Erfahrungen lediglich einreden, dass es – leider viel zu selten – auch anders geht.
Günter Nawe, Köln

Kein Interesse

Heide Sobotka: „Preis mit Wert“, Jüdische Allgemeine vom 8. März Auch ich habe im Januar mein koscheres Lebensmittelgeschäft haMason in Köln geschlossen. Zu den im Artikel erwähnten Gründen ist zu ergänzen, dass es hier in Köln aufgrund fehlender Erfahrungswerte schwierig war, die richtige Produktpalette

zu finden. Zudem räumten die meisten Großhändler nur dann die benötigten Einkaufspreise ein, wenn man die Ware containerweise orderte – für ein kleines Geschäft, welches sich im Aufbau befindet, nicht gerade die beste Voraussetzung. Unbedingt zu erwähnende erfreuliche Ausnahmen wie die Firmen Diskabel in Brüssel, Herschkovitz & Katz in Antwerpen und AST Koscher in Prag, welche neben dem geschäftlichen Aspekt auch einfach nur Interesse hatten, beim Start zu helfen (eine wirkliche Mitzweilung), gab es leider nur sehr selten. Im Westen Deutschlands kommt hinzu, dass das „koschere Einkaufsparadies“ Antwerpen gerade einmal 200 km entfernt liegt, wo es mehr koschere Geschäfte gibt als in ganz Deutschland. Nicht zu unterschätzen ist auch die Anzahl derjenigen, die sich ihre Lebensmittellieferanten in Israel mitbringen lassen oder sich in türkischen Lebensmittelgeschäften hier in Deutschland mit Produkten mit OU-Hechsher eindecken. Die Frage, warum es koschere Geschäfte in Deutschland so schwer haben, ist eigentlich ganz simpel zu beantworten: Das Interesse (und damit die Nachfrage) fehlt.
Daniel Lemberg, Köln

Leserbriefe sind keine redaktionelle Meinungsäußerung. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.